

A N F R A G E von Christoph Schürch (SP, Winterthur), Theresia Weber-Gachnang, (SVP, Uetikon a.S.) und Brigitta Johner-Gähwiler (FDP, Urdorf)

betreffend Zukunft Pflegenachwuchs im somatischen und psychiatrischen Akutbereich

Mit der Neustrukturierung der Ausbildung Pflege (rebege) wurde neben der bisher schon zentralisierten Selektionsprüfung neu auch die Zuteilung der Praktikantinnen und Praktikanten der Diplomausbildung Pflegefachfrau/-mann HF auf die Ausbildungsbetriebe von der Zulassungsstelle gemacht. Den Spitälern wird zwar im Beschluss der Steuerungsgruppe vom 1. März 2006 eine Mitsprache eingeräumt. In der Praxis, beschränkt sich diese Rekrutierungsmitsprache aber auf ein Vetorecht. Tatsächlich lernen sich vor Praktikumsbeginn Ausbildungsbetrieb und Studierende HF nicht unbedingt kennen. Neben dem fehlendem «Draht» zwischen Ausbildungsbetrieb und den Studierenden HF ist dieses System für die Betriebe mit einem rechten administrativen Aufwand verbunden, muss nämlich bei jedem Praktikum ein Ein- und Austritt gemacht werden.

Die Kooperation auch im Bereich der Überbetrieblichen Kurse (UeK) und der LTT (Lernen, Training, Transfer) gestaltet sich kompliziert, praxisfern und wenig pragmatisch, weil alles vom Amt für Berufsbildung und Mittelschulen bestimmt wird. Lokale Zusammenarbeit, z.B. in den Städten oder mit Institutionen der Langzeit, wird dadurch erschwert/kompliziert.

Praktikantinnen und Praktikanten der Diplomausbildungen haben seit je her je nach Ausbildungsjahr auf dem Stellenplan mitgerechnet werden können (2. Lehrjahr 1/3, 3. Lehrjahr 2/3). Für die Betriebe waren diese mitarbeitenden Köpfe und Hände von mittragender Bedeutung. Heute fehlen in vielen Betrieben für die Jahre 2006/07 und 2007/08 zum Teil eine substantielle Anzahl Pflegefach-Praktikantinnen und -Praktikanten.

Neben der für die Ausbildungsbetriebe unbefriedigenden Rekrutierungspraxis stellen sich aber auch grundsätzliche strategische Fragen im Hinblick auf den Bedarf nach diplomiertem Pflegefachpersonal HF und Fachhochschulabgängerinnen und -abgängern durch die Betriebe.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum können die beiden Bildungszentren auf der Tertiärstufe nicht zusammen mit den Betrieben selektionieren? Die zentrale Selektion würde sich damit erübrigen.
2. Warum können die Betriebe die Studierenden auf der Tertiärstufe nicht selber anstellen? (analog FaGe auf Sekundarstufe)
3. Wie werden die Betriebe in die Verantwortung der Ausbildung miteingebunden und wie können diese auch tatsächlich mitgestalten (Rekrutierung, UeK's, LTT, etc.)?
4. Was unternimmt der Regierungsrat gegen die sich abzeichnenden Lücken auf den Stellenplänen durch fehlende Pflegeausbildungs-Praktikant/innen?
5. Was unternimmt er für die Jahre 2006- 2010 gegen den sich abzeichnenden Mangel an neu diplomierten Pflegenden? Wie wird der Pflegenachwuchs mittel- und langfristig sichergestellt?

6. Wie viele Fachhochschulabgängerinnen und -abgänger (Pflegefachleute FH) werden in den nächsten Jahren im Kanton Zürich von den Betrieben (Akutsomatisch, Psychiatrie und Langzeit) eingesetzt werden können? Wie lautet die Prognose hinsichtlich Anzahl Auszubildender? Welche Aufgaben sollen diese nach Ansicht des RR primär in der Praxis übernehmen? Was brauchen diesbezüglich die Betriebe?
Wie wird die Besoldungssystematik zwischen den Pflegefachleuten HF (gemäss MBA sind darunter auch die AKP, IKP, DNII zuzuordnen) den Pflegefachleuten FH dannzumal aussehen?
7. Gibt es zu obigem Themenkomplex Erfahrungswerte aus anderen grösseren Kantonen (z.B. Bern, St.Gallen)?
8. Warum sollen im Winterthurer Zentrum Ausbildungen im Gesundheitswesen (ZAK) keine Pflegenden HF für den akutsomatischen Bereich ausgebildet werden, wo doch in Winterthur das zweitgrösste kantonale Akutspital steht und in Winterthur seit je her auch viele junge Menschen aus den Kantonen Thurgau und Schaffhausen ausgebildet wurden?

Christoph Schürch
Theresia Weber-Gachnang
Brigitta Johner-Gähwiler